

«Die Linke will den Wettbewerb abschaffen»

Schwyz Gestern Abend referierte FDP-Präsidentin Petra Gössi zur bevorstehenden Abstimmung über die Unternehmenssteuerreform III. Sie sagt, weshalb diese unbedingt angenommen werden muss.

Petra Gössi, Arbeitgeber und bürgerliche Parteien drängen, die Unternehmenssteuerreform III unbedingt gutzuheissen. Die Linke plädierte für ein Nein und fordert eine bessere Neuauflage. Gibts denn einen Termin?

Ab dem 1. Januar 2019 werden die Statusgesellschaften, wie wir sie heute kennen, international nicht mehr anerkannt sein. Bis dahin müssen wir eine Lösung für diese Gesellschaften haben.

Das heisst?

Die Vorlage ist gut, sie ist eine Chance für den Werkplatz Schweiz. Die Bundesvorlage gibt den Kantonen die Werkzeuge in die Hand, ihr Steuersystem so auszugestalten, dass alle Firmen mit gleich langen Spiessen besteuert werden. Ziel ist, dass die Arbeitsplätze von internationalen Firmen in der Schweiz bleiben und sie auch weiterhin in der Schweiz investieren.

Die Linke spricht von grossen Steuerausfällen. Schon bei der Unternehmenssteuerreform II sei das Volk mit falschen Zahlen bedient worden.

Das stimmt eben nicht. Sämtliche Reformen, welche die Schweiz in den vergangenen Jahren machte, führten dazu, dass die Steuergewinne grösser wurden, nicht kleiner. Alle Steuergesetzrevisoren sind zunächst Investitionen. Genaue Zahlen kennt niemand im Voraus. Die Entwicklung ist wegen der Zeitkomponente immer dynamisch, die Betrachtung, welche die SP vornimmt, ist aber eine statische. Das führt zu einer Fehleinschätzung.

Der ehemalige Preisüberwacher Rudolf Strahm sagt, der Mittelstand werde die Zeche bezahlen müssen.

Der Bund nimmt von den privilegiert besteuerten Unternehmungen 5 Milliarden Franken ein. Nun ist der Bund bereit, den Kantonen 1,1 Milliarden Franken zur Verfügung zu stellen, damit sie ihr Steuersystem neu so ausrichten können, dass alle juristischen Personen gleich besteuert werden. Diejenigen Firmen, die

heute privilegiert besteuert werden, müssen danach mehr Steuern zahlen. Wenn wir der Reform nicht zustimmen, werden die Kantone ihr Steuersystem aber trotzdem umstellen müssen. Das Risiko, dass sie sonst im internationalen Steuerwettbewerb verlieren, wäre sonst nämlich sehr hoch. Ihnen wird die Unterstützung des Bundes fehlen. Diese Lücke müsste durch andere Steuerzahler gefüllt werden.

Der Mittelstand muss die Zeche also nicht bezahlen?

Nein, wer das sagt, hat ein falsches Verständnis der Vorlage. Jeder Kanton kann am Schluss die Bundesvorlage so umsetzen, wie er will. Und das Volk wird das erneut zu genehmigen haben. Ziel der Vorlage ist, dass am Schluss alle Unternehmen in den Kantonen steuerlich gleich behandelt werden. Der Bund gibt hierzu den Kantonen lediglich die Instru-

mente in die Hand. Sie können dann entscheiden, was sie wollen.

Dann wird der Steuerwettbewerb unter den Kantonen einfach noch grösser?

Der Steuerwettbewerb bleibt erhalten. Aber das ist genau das, was die Linke nicht will. Deshalb bekämpft sie die Vorlage. Sie will den Wettbewerb abschaffen.

Auch die Schwyzer Lehrerschaft fürchtet sich vor einem weiteren Abbau im Bildungsbereich. Wenn Steuergelder fehlen, sei die Bildung das Erste, was wieder zu leiden habe.

Diese Angst ist unbegründet. Ich gehe davon aus, dass der Kanton Schwyz bei der Umsetzung der Unternehmenssteuerreform verantwortungsvoll vorgeht. Zudem können sich alle Player im Kanton zur kantonalen Umsetzung wieder äussern. Die Frage ist umgekehrt, was passiert, wenn die Vorlage abgelehnt wird. Dann wird der Bund den Kantonen kein Geld ausrichten können, das heisst, den Kantonen fehlen rund 1,1 Milliarden Franken.

Weshalb soll der Vorlage also zugestimmt werden?

Weil wir dank dieser Reform steuerlich attraktiv bleiben und damit Steuereinnahmen generieren können. Wenn wir das wollen, müssen wir dafür sorgen, dass die Kantone die dafür notwendigen Instrumente in die Hand bekommen. Das ist mit dieser Vorlage möglich.



Petra Gössi kämpft für ein Ja zur USR III.

Bild: PD

Jürg Auf der Maur